

SPARTACVS

Friede den Hütten, Krieg den Palästen!
Antiimperialistisches Magazin der DKP Märkischer Kreis
- Juni 2020 -



Von Goebbels inspiriert

Medien in der (Corona)-Krise

Als hätte die Republik keine anderen Sorgen, startet ein Teil der Medien eine Desinformationskampagne mitten in der Corona-Zeit. Allem voran natürlich *Bild*. Wahrscheinlich ist der Informations- und Authentizitätsgehalt so ziemlich jedes Kiosks des Schulkios einer beliebigen Schule um einiges höher als mindestens 90 Prozent der sogenannten „Berichterstattung“ dieses Machwerks aus dem Hause Springer. Trauriger Tiefpunkt solcher Ergüsse stellen wohl die Schadensersatzforderungen an die Volksrepublik China dar.

In höflichem Ton kritisierte die chinesische Botschaft dies. *Bild*-Chefredakteur Julian Reichelt reagierte darauf mit einer absoluten Hasstirade gegen die chinesische Regierung, der er vorwirft, die WHO zu spät informiert zu haben – sämtliche anderen antikommunistischen Entgleisungen lasse ich mal weg. Fakt ist, dass die Volksrepublik die WHO bereits am 31.12.19 „über Fälle von Lungenentzündung



unbekannter Ursache in Wuhan“ informiert hatte. Das bestätigte die WHO. Aber reagierte die westliche Welt darauf? Nein! Es war ja nur China. Selbst als die ersten Fälle in Deutschland auftraten, reagierte man nicht. Die katastrophale Lage in Italien oder den USA sind direkte Folgen eines miserablen Gesundheitssystems. Was in Italien die Auswirkung der brutalen EU-Austeritätspolitik gegen das Land während der Euro-Krise war, ist in den USA systemimmanent und eigentlich schon immer so gewesen.

In den USA fehlt praktisch ein nennenswertes Gesundheitssystem bzw. ist es rein profitorientiert und daher extrem teuer für erkrankte Menschen. Schuld ist das kapitalistische Wirtschaften aber findet man das auf dem Pranger der Medien? Nein! Der Berliner *Tagesspiegel* schwadroniert über russische Medien, die über negative und falsche Berichterstattung die EU gefährden

würden. Ein Blick auf die beschuldigten Seiten und man erkennt, wie hanebüchen diese Anschuldigungen sind. Die Russische Föderation und die Volksrepublik China haben den Italienern nach eigenen Kräften geholfen als sich die EU abschottete. Ist es da ein Wunder, dass die Italiener neuesten Umfragen zufolge China und Russland als befreundete Nationen betrachten und der EU kritisch gegenüberstehen? Äußert man diesen Fakt laut, gilt man als Demagoge, der die EU mit Falschmeldungen gefährden will. Im europäischen Parlament wurde tatsächlich eine Informationssperre gegen russische Medien diskutiert. Der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán steht also nicht ganz alleine da. In Ungarn ist seit längerer Zeit schon eine kritische Berichterstattung über die Regierung verboten. Jetzt zieht Brüssel nach. Kritik an der EU ist ein Sakrileg und man möchte verhindern, dass die EU-Bürger sich frei und unabhängig informieren, denn „wenn wir die Meinungen kontrollieren, können wir die Ereignisse besser lenken“ legt Keneth Branagh Reinhard Heidrich in einer Verfilmung der Wannsee-Konferenz in den Mund.

Aber soweit hergeholt ist das gar nicht. Das ganze Vorgehen könnte tatsächlich dem Verstand eines Joseph Goebbels entsprungen sein. Wir leben in einer gefährlichen Zeit und dürfen nicht zulassen, dass die Herrschenden das Bedürfnis der Bevölkerung nach Sicherheit ausnutzen, die Freiheit weiter einzuschränken.

Georg A. Fotiadis

Sofortprogramm der DKP (auszugsweise)

*Stoppt den sozialen Kahlschlag und den Abbau demokratischer Rechte!
Stoppt den Krieg!*

Fünf Forderungen der DKP:

1. Öffentliche Investitionen in den Wohnungsbau, Schulen, Bildungseinrichtungen, Jugendzentren und Krankenhäuser
2. Schaffung von 300.000 Arbeitsplätzen
3. Aufstockung von sozialen Leistungen, von Hartz IV, Kindergeld, Rente und des Mindestlohns
4. Ende der Kriege und anderer Auslandseinsätze der Bundeswehr, Verringerung des Rüstungsetats
5. Erhöhung der Spitzensteuer für höchste Einkommen von Personen und Unternehmen – Wiedereinführung der Vermögenssteuer als Millionärssteuer

Diese fünf Forderungen halten wir Kommunistinnen und Kommunisten für besonders dringend um die soziale Situation der Menschen in diesem Land zu verbessern.

Bei diesem Sofortprogramm muss man nicht darauf warten bis die DKP im Bundestag sitzt, es ist sofort umsetzbar und ohne weiteres finanzierbar. Geld ist genug da; es fließt in die Rüstung und die Taschen der Reichen und Superreichen.

In Deutschland leben 123 Milliardäre und mehr als eine Million Millionäre. Sie werden täglich reicher. Sie besitzen ein Vermögen von geschätzt 2,4 Billionen Euro. Dieses Vermögen muss umverteilt werden.



Rechnen wir einmal: Für die Einstellung von insgesamt 200.000 Beschäftigten im Bildungs- und Gesundheitsbereich werden laufende Mehrausgaben von 20 bis 25 Milliarden Euro jährlich benötigt. Für das erhöhte Kindergeld und die besseren sozialen Leistungen werden ebenfalls 25 Milliarden Euro fällig. Allein durch die vorgeschlagene Erhöhung der Einkommensteuersätze und der Anhebung der Kapitalertragssteuer für die Multimillionäre sind 43 Milliarden Euro finanzierbar.

Michael Cilius

Quelle: <http://news.dkp.suhail.uberspace.de/2017/04/sofortprogramm-der-dkp-2/>

Ich krieg die Krise

Auszug aus einer Rede am 1. Mai 2020

Es kommt auf den DGB-Veranstaltungen eher nicht vor, dass Linke oder gar Kommunisten dort sprechen, das behalten sich Sozialdemokraten und Grüne vor. Ja, wahrscheinlich lässt man dort noch eher Christdemokraten und „Liberale“ sprechen. Und das hat auch gute Gründe. Der Berliner Tagesspiegel lobte die Merkel- und Schröder-Regierungen; dank ihres rigiden Sparens könne man nun diese Krise bewältigen.



Da fiel mir Kurt Tucholsky ein: „Ich kann gar nicht so viel fressen, wie ich kotzen könnte!“. Geht man durchs Land, sieht man marode Schulen, geschlossene Krankenhäuser, man stellt fest, dass viele schon Zweit- oder Drittjobs brauchen, man bemerkt, dass die vermögenden zwei Prozent der Gesellschaft sich immer mehr Reichtum anhäufen. Man kann also sehr gut sehen, was die Folgen dieser Sparpolitik waren.

Darüber hinaus finde ich es besonders pikant, wenn ein Karl Lauterbach sich dahinstellt und davor warnt, dass der Corona-Ansteckungsfaktor BLOß nicht über 1 gehen darf, sonst bricht bald das Gesundheitssystem zusammen.

Ja, warum bricht es denn zusammen? Derselbe Karl Lauterbach hat letztes Jahr noch der Presse gegenüber erklärt, in Deutschland gebe es bei weitem noch zu viele Krankenhäuser und gerade weniger Krankenhäuser wären besser für unser Gesundheitssystem. Ja klar, denn weniger Fluchtwege sind beispielsweise ja auch effizienter in einer Notsituation, oder sehe ich das falsch?

Aber natürlich tu ich Lauterbach Unrecht (oder doch Unlauterbach Recht?), denn ein Gesundheitssystem muss ja vor allem Profit bringen – es geht ja nicht darum, Menschen zu heilen!

Aber schauen wir uns doch einmal an, was mit dem Geld gemacht wird, das bei der arbeitenden Bevölkerung, den Erwerbslosen, dem Gesundheits- und Sozialsystem und in der Bildung eingespart wurde.

Da beschließt die Bundesregierung ein Corona-Hilfspaket. Na klar, werden einige sagen, das Geld soll ja vor allem den kleinen Unternehmern helfen, dass sie ihre Firmen nicht schließen müssen und Menschen auf der Straße landen. Und immerhin wurden dafür tatsächlich auch 55 mrd. Euro bereitgestellt.

Dem gegenüber gibt es aber ein Paket von insgesamt 600 mrd. Euro für Banken und Konzerne. Die Daten lassen sich alle direkt bei der Bundesregierung nachlesen und wer ein wenig plus und minus beherrscht, weiß sehr genau, wer der Adressat dieser 600 mrd. ist, auch wenn er dort nicht explizit genannt wird. Man könnte jetzt wieder argumentieren: Damit keine Leute entlassen werden. Pikanterweise wurden aber infolge dessen hohe Dividenden an Aktionäre ausbezahlt. Darüber hinaus wurde nicht überprüft, ob nicht zuvor genügend Rücklagen gebildet wurden um auf weitere Gelder nicht angewiesen zu sein.

Dahingegen konnte man der Presse entnehmen, dass die Landesregierung ihre Mittel für kleinere Unternehmer vorerst eingestellt habe und angebliche Betrugsfälle prüfen lässt.

Zählt man Landes-, Bundes- und EU-Mittel zusammen, kommt man etwa auf eine Summe von insgesamt etwa 1,2 Billionen Euro für das Großkapital. Eine Billion hat 12 Nullen! Immerhin drei weniger als das Kabinett Merkels.

Wie schaut es auf der anderen Seite aus? Menschen, die in Pflegeberufen arbeiten, haben längst den Stinkefinger gezeigt für den Applaus und forderten eine deutliche Gehaltserhöhung.

Was bekommen sie? Jovial wird ihnen ein Bonus in Aussicht gestellt. Wie hoch der sein wird, steht noch nicht fest aber der Bundes"gesundheits"minister spricht von Mitteln in der Höhe von etwa 1 mrd Euro, die man bereitstellen würde – natürlich direkt mit dem Hinweis, dass man das Geld anschließend NATÜRLICH später wieder versuchen müsste, reinzubekommen – wie, dazu habe ich ja vorhin schon einiges gesagt und da droht uns noch schlimmes, fürchte ich.

Kurzarbeitergeld soll nun auch erhöht werden auf 80 bis 87 Prozent – letzteres nur bei Beschäftigten mit Kindern – , befristet bis Jahresende und erst ab dem 7. Monat Kurzarbeit. Hier werden noch einmal 600 mio bereitgestellt.

Zusammengefasst wird es also ein Paket von etwa 1,6 mrd geben. Von den Ländern und der EU wird es da wohl nichts geben, zumindest konnte ich da keine Zahlen zu finden.

Vergleichen wir doch einmal die beiden Zahlen: 1,2 Billionen für das Kapital und 1,6 mrd für die arbeitende Bevölkerung und schauen uns den Faktor von fast 1000 an, der dazwischen liegt, dann wissen wir, welchen Interessen diese Regierungen dienen und welchen nicht.

Bleibt wachsam! Lasst Euch nicht verarschen und leistet, wo ihr könnt Widerstand! Ein bessere Welt wird uns nicht geschenkt werden, die können wir uns nur selbst erkämpfen.

Georg A. Fotiadis

Gesundheit als Ware

Profite um jeden Preis

Nach 1985 wurde das Verbot, dass Krankenhäuser keinen Gewinn machen dürfen, schrittweise aufgehoben. Mit der Einführung der Fallpauschalen (DRG) werden Krankheiten pauschalisiert abgerechnet, Investitionen sollen die Länder übernehmen. Allerdings kommen die Länder ihrer Pflicht nicht nach.



Die Krankenhäuser sind gezwungen, Kosten einzusparen: beim Personal, bei der jetzt so dringend benötigten Schutzausstattung und bei lebensnotwendigen Geräten. Auch im Märkischen Kreis hat die Profitorientierung des Gesundheitswesens Opfer gefordert. Ein Beispiel sind hier die zuletzt geschlossenen

Krankenhäuser in Altena (St. Vinzenz-Krankenhaus) und in Letmathe (Marienhospital).

In den Krankenhäusern fehlt es immer noch an notwendiger Schutzausrüstung und an Personal. Die Folgen sind klar, infiziertes Pflegepersonal muss weiterhin seinen Dienst verrichten. Arbeitszeiten wurden auf 12 Stunden täglich per Dekret angehoben, die gesetzliche Personalbemessung ausgesetzt.

Auf der anderen Seite müssen Kliniken, die sich spezialisiert haben, Kurzarbeit für ihre Beschäftigten anmelden. Sie verfügen meist nicht über eine kostenträchtige Notfallaufnahme oder eine Intensivstation. Diese Kliniken sind meist in privater Hand und ausschließlich dem Gewinn unterworfen, eine auch nur ansatzweise Gemeinwohlorientierung fehlt.

In Lüdenscheid betrifft das die Bergland-Klinik aber auch die Sporthellstätte Hellersen.

In den Arztpraxen ist derzeit nicht viel los. Vor allem spezialisierte Praxen müssen ihre Beschäftigten ebenfalls in Kurzarbeit schicken, wie vor einiger Zeit Frau Dr. Gudrun Benkhofer beschrieb.

Medikamentennotstand, Mangel an Schutzausrüstung sind Folgen der Globalisierung und des Profitstrebens. Um Lohnkosten zu minimieren, wurde die Herstellung von Medikamenten und Schutzmasken beispielsweise nach China und Indien verlagert. Immer wieder kommt es zu Lieferengpässen, da z.B. Verunreinigungen bei der Herstellung festgestellt wurden. Betroffen sind auch und vor allem lebensnotwendige Medikamente, wie Blutdrucksenker.

Bereits 2012 wurde die Studie „Pandemie durch Virus Modi-SARS“ aufgestellt und dem Bundestag 2013 vorgestellt. Diese Studie deckte bereits massive Mängel im Gesundheitswesen auf. Gelernt wurde daraus nicht. Nach wie vor sollen Krankenhäuser geschlossen werden, wie zwei Studien aufzeigen.

Wenn diese Pandemie ein Gutes hat, dann dass sie die realen Mängel im Gesundheitswesen aufgezeigt hat. Daraus muss gelernt werden um in Zukunft für Krisen und Katastrophen gewappnet zu sein.

Das Gesundheitswesen darf nicht mehr dem Profitstreben unterworfen bleiben, Krankenhäuser gehören in öffentliche Hand. Gesundheit ist keine Ware!

Otto Ersching
DIE LINKE, Lüdenscheid

Erste Jobs in Gefahr

Automobilzulieferer rechnen mit Stellenabbau

Einem Bericht des *Westfälischen Anzeigers* zufolge rechnet der Verband der Automobilindustrie (VDA), in dem auch der Lüdenscheider Zulieferer Kostal Mitglied ist, mit einem Wegfall von 12.500 Stellen bei den 132 Vertragspartnern.

Die Zahlen gehen auf eine Befragung der mittelständischen Unternehmen zurück, in denen etwa 187.000 Beschäftigte arbeiten. „Unter unveränderten Bedingungen werden bis Ende Juni 39 Prozent der Unternehmen Personal abbauen“, so der VDA in Berlin. „Bis Ende Juli werden es 65 Prozent sein.“ Derzeit liefen bereits in jedem zehnten Betrieb Stellenstreichungen. Konkrete Pläne hierzu hätten aktuell drei von fünf Zulieferern. Manche Firmen erwägen demzufolge die Kürzung von bis zu 40 Prozent ihrer Jobs.

Weil die Verkäufe durch die Corona-Krise am Boden liegen, Hersteller auf Lager produzieren und Aufträge auch bei Zulieferern eingebrochen sind, hatten sich zahlreiche Unternehmen und die Ministerpräsidenten der „Autoländer“ Niedersachsen, Bayern und Baden-Württemberg für staatliche Kaufprämien ausgesprochen.

Bleibe die Lage so angespannt, hätten viele Betriebe keine andere Wahl als Jobabbau, betonte der VDA. Über die Hälfte der befragten Firmen habe erklärt, innerhalb der kommenden drei Monate in Zahlungsschwierigkeiten zu geraten, „wenn keine Personalanpassung erfolgt“, O-Ton VDA. Bei 93 Prozent laufe Kurzarbeit, durchschnittlich für



Bundesarchiv, B 146 Bild-P100603
Foto: G. Kög, 10. Februar 1992

etwa die Hälfte der Belegschaft, bei 9 Prozent für alle Mitarbeiter.

Der Absatz der exportabhängigen Industrie lahmt weltweit, lediglich in China besserte sich die Situation zuletzt wieder etwas. Auf dem Heimatmarkt sieht es finster aus: Die Auto-Neuzulassungen in Deutschland sackten im April im Vergleich zum Vorjahresmonat um 61 Prozent ab. Unternehmen mussten ihre Produktion in weiten Teilen aussetzen, beim nach Bosch zweitgrößten Zulieferer Continental brach der Gewinn im ersten Quartal unterm Strich um fast die Hälfte ein.

Für weitere internationale Märkte wurden drastische Rückgänge gemeldet. In Europa gab es im vergangenen Monat über drei Viertel (76,3 Prozent) weniger Neuzulassungen als vor einem Jahr, die Autoverkäufe tendierten vor allem in Italien, Spanien und Großbritannien gegen null. Auch Frankreich verbuchte mit einem Rückgang von 88,8 Prozent einen heftigen Absturz. In den USA betrug das Minus zuletzt 47 Prozent, in Japan 30 Prozent.

VDA-Vize Arndt Kirchhoff hatte vor Entlassungen gewarnt, sollte die Politik Kaufanreize ausschließen. Für E- und Hybridautos gibt es schon Prämien. Unter anderem der Wirtschaftsflügel der Unionsfraktion will keine neuen Subventionen - aber auch Umweltorganisationen und die Grünen kritisieren, dass die Branche einen Einschluss von modernen Verbrennern verlangt. Greenpeace betonte, ein ökologischer Umbau sei mehr denn je nötig. Der Nahverkehr müsse gefördert werden, zumal Fahrgastzahlen in Bussen und Bahnen aus Sorge vor Ansteckungen sinken: „Damit Corona nicht auch die Verkehrswende infiziert, müssen Städte jetzt mehr Platz für Radfahrende und Fußgänger schaffen.“

Westfälischer Anzeiger, 19.05.20

Ein kurzes Statement

Ständig versuche ich, über Positives zu berichten,
doch alles endet negativ.
Zu umfangreich sind diese Schichten
um darüber zu berichten,
den Atem nimmt einem dieser Mief.

Ob bei der Polizei, Pflege und anderen Geschäften,
überall kaputtgespart.
Wo man hinschaut, alles nur zum Schlechten,
daraus entstanden sind die Rechten,
weil man sich mit der Privatisierung hat gepaart.

In Deutschland hat das Chaos Konjunktur,
die Regierung unfähig und marode,
von Veränderung nicht die geringste Spur.

Seht hinein in diese Welt,
wo Flüsse werden zu Klauen!
Die Natur wird planmäßig entstellt
in gut dosierten, feinen Raten.

Wir haben Teil am Leid der Welt,
am Klimawandel und dem Sterben.
Beim Mächtigen zählt nur das Geld,
egal was unsere Kinder erben.

Theo Klein
DIE LINKE, Lüdenscheid

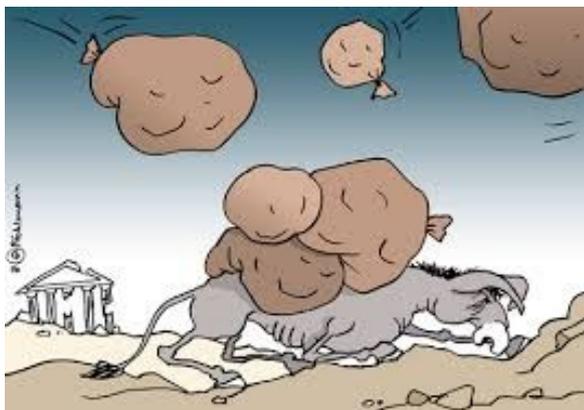
Die doppelte Belastung

Ausbildung im Shutdown – Ein Azubi berichtet

Nachdem wir mehrere Wochen lang ohne Infos gelassen wurden, wie es mit unserem Unterricht weitergehen sollte, startete er dann Anfang Mai wieder. Am ersten Tag gab es, wie erwartet, nur Organisatorisches: Wie der Unterricht weiter läuft, welche Verhaltensregeln für uns gelten oder wie es mit den Prüfungen aussieht. Doch eine Info sorgte für Unverständnis: Der Unterricht wurde trotz ausgefallener Stunden durch die „Corona-Ferien“ nicht verlängert, im Gegenteil, uns wurden von Anfang an Stunden gestrichen: Statt zwei Berufsschultage nur noch einer. Später wurde von diesem einen Schultag noch eine weitere Stunde gestrichen, so dass wir noch weniger Unterricht hatten.

Zum Unterricht selber gibt's nicht viel zu sagen. Unsere Lehrer haben versucht, das beste aus der Situation zu machen. Wichtiges Material wurde besprochen und noch offene Fragen wurden geklärt.

Jedoch entstand hier ein weiterer großer Nachteil: Dadurch, dass viele Stunden ausgefallen waren, musste der Unterricht sich an den Hauptfächern orientieren. Nebenfächer mussten weichen, damit die ohnehin schon überlasteten Lehrer noch weitere Klassen unterrichten konnten. Dies hatte zur Folge, dass Schüler, die zum Zeitpunkt vor der Pandemie in manchen Fächern noch schlecht standen, sich nicht mehr im Unterricht verbessern konnten; die schlechten Noten werden auf dem Abschlusszeugnis landen.



Die Lehrer haben uns zwar in dieser Zeit sehr gut mit Material zum Bearbeiten versorgt, das auch benotet wurde, allerdings ist es für viele Auszubildende schwierig gewesen, dieses zu bearbeiten. Viele mussten in dieser Zeit noch mehr arbeiten als sonst. Schulaufgaben mussten dann in der Freizeit erledigt werden, wenn man diese dann überhaupt wirklich hatte. Natürlich

denken unsere Lehrer sehr pro Azubi, allerdings können sie auch nicht auf magische Art und Weise aus einer sechs 'ne vier machen. Das wäre auch sehr unfair gegenüber denen, die wirklich hart an guten Noten gearbeitet haben.

Aber an unsere Lehrer geht wirklich mein voller Respekt. Sie müssen in dieser Zeit Tag und Nacht arbeiten, um sicherzustellen, dass die Schüler ordentlich versorgt sind. Aktuell muss doppelt so viel gearbeitet werden, da die meisten Klassen geteilt, teilweise sogar gedrittelt wurden. Zudem muss ja auch den Schülern Material fürs Homeschooling bereitgestellt werden. In Kombination mit dem aktuellen Mangel an geeigneten Lehrkräften sind viele Lehrer so stark ausgelastet, dass man nur auf eine bessere Organisation hoffen kann.

Robert Poke

Die Russen und der Chinese

Ein Auszug aus einem Essay

Die Russen und die Chinesen sind dein Feind. Die Russen und die Chinesen sind schuld.

Nicht die oligarchische Klasse in unserem eigenen Land, die uns seit unserer Geburt jeden Moment unseres Lebens ausbeutet, manipuliert, täuscht, unterdrückt und beraubt.

Die Russen und die Chinesen.

Die Russen und die Chinesen sind dein Feind. Die Russen und die Chinesen sind schuld.

Nicht die Menschen, die endlose Blutbäder auf der ganzen Welt entwickelt und weiterentwickelt haben, ohne dass Sie davon profitieren, wenn Sie Ihr Geld, Ihre Ressourcen und Ihre politische Energie einsetzen.

Die Russen und die Chinesen.

Die Russen und die Chinesen sind dein Feind. Die Russen und die Chinesen sind schuld.

Nicht die Menschen, die riesige Schätze in die Überzeugung Ihrer Landsleute stecken, dass es böse und verrückt wäre, die sozialen Sicherheitsnetze auszubauen, anstatt diese immer weiter zu zerstören.

Die Russen und die Chinesen.

Die Russen und die Chinesen sind dein Feind. Die Russen und die Chinesen sind schuld.

Nicht die Kriegstreiber und Ökozidfresser, die unser Ökosystem für ihren Profit zerstören und das Leben jedes Organismus auf diesem Planeten gefährden.

Die Russen und die Chinesen.

Die Russen und die Chinesen sind dein Feind. Die Russen und die Chinesen sind schuld.

Nicht die Milliardärsklasse, die ein begründetes Interesse daran hat, dass wir in einem System arm bleiben, in dem Geld gleich Macht ist und Macht relativ ist.

Die Russen und die Chinesen.

Die Russen und die Chinesen sind dein Feind. Die Russen und die Chinesen sind schuld.

Nicht die Menschen, die alles tun, um Systeme der Internet-Zensur, Überwachung und Militarisierung der Polizei und der Gesellschaft so schnell wie möglich in unserem eigenen Land einzuführen.

Die Russen und die Chinesen.

Die Russen und die Chinesen sind dein Feind. Die Russen und die Chinesen sind schuld.

Nicht das autoritäre Herrschaftssystem des Kapitals, das die vollständige Kontrolle darüber fordert, welche Substanzen wir in unseren Körper einbringen und uns immer mehr kriminalisiert.

Die Russen und die Chinesen.

Raimund Baytz

1. Mai: trotz Pandemie auf der Straße

Kundgebung am Linken Zentrum

„In einer Vielzahl von bundesdeutschen Städten gingen am Internationalen Kampftag der Arbeiterklasse bundesweit insgesamt mehrere Tausend Menschen auf die Straße. Bei den weitestgehend von außerparlamentarischen linken Gruppen organisierten Protesten hielten sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit wenigen Ausnahmen an den aufgrund der Corona-Pandemie geltenden Infektionsschutz, hielten Abstand zueinander und trugen den empfohlenen Mund-Nasen-Schutz.“
(aus: blog.unsere-zeit.de , 04.Mai 2020)



In Lüdenscheid führte DIE LINKE gemeinsam mit der DKP eine Kundgebung durch. In ihren Redebeiträgen wiesen Vertreter beider Parteien übereinstimmend

darauf hin, dass wir uns vor allem gegen die Abwälzung der Krisenlasten auf die Werktätigen, Erwerbslosen, Rentner u.a. durch Kurzarbeit und Kündigung wehren müssen. WER SICH NICHT WEHRT, LEBT VERKEHRT! - Die unglaublich hohen Kredite an die großen Unternehmen werden WIR durch Kürzungen im Sozialbereich, durch gesteigerte Arbeitsbelastung u.v.m. bezahlen müssen.

Apropos: Das Tragen von Schutzmasken war vom Ordnungsamt untersagt worden – umso kräftiger konnten wir bei den Liedern von Rüdiger Drallmeyer mitsingen.

Michael Cilius und N. Velogiannis



„Wenn es uns gelingt, dass das Virus zwischen 0,1 und 0 steht, werden wir noch lange Freude an ihm haben, dann müssen wir die Bevölkerung auch im Einklang mitnehmen, weil wenn wir es ganz vernichten, das wäre ein Desaster für die SPD und für mich, ich bin dann ja auch komplett weg vom Fenster.“

Rolf Miller als Karl Lauterbach

Impressum:

Herausgeber:

Deutsche Kommunistische Partei – Märkischer Kreis



DKP Märkischer Kreis

Autoren dieser Ausgabe:

Raimund Baytz
Michael Cilius
Otto Ersching
Theo Klein
Robert Poke
N. Velogiannis
Georg A. Fotiadis

Verantwortlicher im Sinne des Presserechts:

Georg A. Fotiadis